

## Kommentar zur Wahl des 20. Deutschen Bundestag und zum „Ampel“-Koalitionsvertrag

Erfreulich am Wahlergebnis ist das vorläufige Ende der CDU/CSU-Stellung als stärkste Kraft im Bundestag, wodurch sich nach mehr als sieben Jahrzehnten Bundesrepublik Deutschland die Tür zur Überwindung der postfaschistischen Ära öffnet. Der politische Arm des Klerikal-Christentums war schon nach Staatsgründung nicht nur die „Neue Heimat“ der Altfaschisten, sondern auch der „Schnelle Brüder“ von neofaschistischem Spaltmaterial in einem Ausmaß, dass dieses heute mit der AfD als eigenständige Partei oberhalb der 5%-Klausel politisch allein lebensfähig ist.

So ist der Mut des Triumvirats aus SPD/Grüne/ FDP, die Abgeordneten dieser „Christen“ auf Plätze zu verweisen, auf die sie hingehören: ganz rechts und neben ihrer Brut.

Das scheint aber auch schon das einzige Lob zu sein, das Handwerker & Techniker der „Ampel“ zugestehen mögen. Zeigt doch der Koalitionsvertrag bloß eine Lawine von „Digitalisierungen“ und „Förderungen“ ohne konkrete Aussagen zur Umsetzung und Finanzierung. Sogar das Meer soll gefördert werden, mehr CO<sub>2</sub> zu speichern, was angesichts der Küsten Deutschlands eine gewisse kabarettistische Nuance aufweist. Aber die bekannten Kritiken zum Vertrag sollen hier nicht wiederholt werden, sondern es geht nur um die Thematisierung von vier grundsätzlichen Mängeln.

### 1. Gliederung und inhaltlicher Aufbau sind mit unserem Berufsethos unvereinbar.

Die mit einem Philosophen als Vizekanzler bestückte Exekutiv-Truppe deklariert mit einem 495-fachen „wollen“, was sie alles tun will. Ein Schelm, der dabei an Kinder in der Trotzphase denkt.

Wir dagegen würden in einem solchen Vertrag nicht nur erklären, was wir alles tun werden, sondern auch die Arbeitspunkte nach ungeteilten Verantwortungskomplexen den einzelnen Ressorts zuordnen. So hat das Triumvirat schon den typischen Anfangsfehler eines scheiternden Projektmanagements gemacht.

Darüber hinaus lässt sich anhand des Vertrages der ontologische Unterschied zwischen Philosophen & Politikern einerseits und Handwerkern & Technikern andererseits lichtvoll erhellen. Erstere verharren in der Seinsform der Vorhandenheit zu der sie eine neue Vorhandenheit „wollen“, wir dagegen gehen unsere Ziele handlungsintegriert in der Seinsform der Zuhandenheit an.

### 2. Das Triumvirat hat einen grundsätzlichen Konstruktionsfehler.

Während SPD und Grüne von interner Dominanz durch Kommunisten, Faschisten, Klerikisten und Liberalisten freizusprechen sind, kann dies der FDP nicht zugestanden werden. Im Kern ist sie keine liberale, sondern eine liberalistische Partei. Dies zeigt sich über ihre ganze Partiegeschichte hinweg, in der die „Freiburger Thesen“ lediglich als Betriebsunfall der Geschichte und pragmatische Konzessionen an den Zeitgeist angesehen werden. Mit ihrem Deregulierungswahn ist sie für alle ökonomischen und ökologischen Katastrophen maßgeblich verantwortlich, wenn es ihr auch immer geschickt gelang, ihren größeren Partnern die Verursacherrolle anzuhängen.

Aktuell manifestiert sich ihr liberalistischer Charakter nicht erst in der Pandemiedebatte. Schon in den 90' er Jahren wurde der Begriff der „Querdenker“ in der Friedrich Naumann Stiftung geprägt. Ebenso zeigte sich schon damals in dieser FDP-Kaderschmiede, insbesondere in Verbindung mit den John-Rawls-Diskussionen, eine tiefe Affinität zur ökonomischen Ethik von Sklavengesellschaften. So war es auch nicht verwunderlich, dass auf FDP-Parteitag in den 90' er Jahren Anträge zum gesetzlichen Verbot von Korruption abgeschmettert wurden. Kuriosität der Geschichte: Anfang des 21. Jhdts. entstand der Sarbanes-Oxley-Act ausgerechnet bei ihren Gesinnungsgenossen in den liberalistischen USA, die die Notwendigkeit von

Regulierungen zur Sicherung von Freiheit begriffen hatten und so der Korruption einen Riegel mit globaler Wirkung vorschoben.

Auf dem Hintergrund wird verständlich, dass das Mutterland der FDP, Baden-Württemberg, die höchste Rate von Wirtschaftskriminalität aufweist. Es wird sich zeigen, ob die avisierten „Beschleunigungen“ und „Vereinfachungen“ von u. a. Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren Lücken für Kriminelle öffnen und noch größere Schäden für die Volkswirtschaft verursachen werden. So bleibt es fraglich, ob SPD/Grüne hinreichendes politisches Geschick entwickeln, den Konstruktionsfehler auszugleichen. Dieses Triumvirat wäre nicht das Erste, dass am Ende als geprügelte Triumviratte in den Gully der Geschichte gespült wird.

3. Der Koalitionsvertrag enthält keine qualifizierten Aussagen zur Kirchen- und Religionspolitik. Ab Zeile 3610 äußert sich das Trio zu sexualisierter Gewalt, ohne zwischen Kirchen und anderen Institutionen zu differenzieren. Damit wird verschleiert, dass die Kirchen nach wie vor die Strafverfolgung für die von ihr zu verantwortenden Verbrechen in Eigenregie durchführen können, obwohl die Opfer meist deutsche Staatsangehörige sind. Diese feige Haltung ist zwar verständlich, da die Kriminalitätsverfolgung ohnehin zu einer Kriminalitätsverwaltung mutiert ist. Sie könnte allerdings zu einer problematischen Entwicklung führen.

Ab Zeile 3712 werden „faire Rahmenbedingungen für die Ablösung von Staatsleistungen“ an die Kirchen thematisiert. Dies würde bedeuten, ein schrumpfendes und von Gewaltverbrechern mit 2000-jährigem Erfahrungsschatz dominiertes „Christentum“ noch mit Milliarden zu subventionieren. Seine Demokratiefeindlichkeit zeigt sich nicht nur schamlos im katholischen Polen, sondern die Luther'schen und orthodoxen Derivate dienen sich überall als politische Huren den jeweiligen Diktatoren und Oligarchen an.

Sogar der Philosoph im Exekutiv-Team ist offenbar blind für die archetypische Seins-Entbergung, die sich seit einem gewissen 13. Mai in der 80'er Jahren zusammenbraut. Über kurz oder lang wird das Jesuanertum die christlichen Kinderficker und Sakristei-Mafiosi einschließlich ihrer häretischen Theologie vertrieben haben. Nicht nur der Vatikan ist jetzt schon faktisch das Eigentum der „Absoluten Religion“, sondern auch alle Kirchen, Synagogen, Moscheen und religiösen Kultstätten einschließlich des „Heiligen Landes“, sofern es nicht legales Territorium von Israel, Libanon, Syrien, Jordanien und Ägypten ist. Folglich ist die auch im Koalitionsvertrag zur Außenpolitik vertretene These von der „Zweistaaten-Lösung“ zu Israel alberne Wichtigtuerei.

4. Es fehlen im Koalitionsvertrag qualifizierte Aussagen zur Reform des Bundestages. Laut Zeile 264 „muss der Bundestag effektiv in Richtung der gesetzlichen Regelgröße verkleinert werden“. Die Frage, ob diese Regelgröße überhaupt noch zeitgemäß ist, wird gar nicht erst thematisiert. Durch die EU wird bereits ein großer Teil der Bundes- und Landesgesetze vorstrukturiert, infolgedessen steht eine Verkleinerung zur Debatte. Wenn zu den laufenden Kosten auch noch jedes Jahr 1 Mrd. Euro für Gutachter ausgegeben wird, weil die Damen und Herren Abgeordneten zu faul sind, sich selbst Entscheidungskompetenz zu erarbeiten, stellt sich die Frage, ob das Thema nicht langsam ein Fall Art. 20 Abs.4 GG wird.

#### **Hinweis für die Kollegenschaft der Handwerker & Techniker in der Bundeswehr:**

In Afghanistan habt Ihr den USA Beihilfe zu dem Versuch geleistet, ein korruptes Regime unter dem Deckmantel „Demokratischer Staat“ zu installieren. Das ist nicht nur ein ethisches Fehlverhalten, die völkerrechtliche und menschenrechtliche Dimension wird noch aufzubereiten sein.

Viel schlimmer für Euch ist die Erfahrung, dass Ihr Euch als „Parlamentsarmee“ regelrecht habt (hier scheint nur die Baustellensprache angemessen) „verarschen“ lassen. Die Frage ist, wie ihr Euch für die Zukunft aus dieser Abhängigkeit lösen könnt.

Der Bundestag ist zu einer Größe jenseits der gesetzlichen Vorgabe angewachsen, zudem aufgrund ihrer Compliance-Regeln nicht in der Lage, Kinderpornografen und Masken-Spekulanten von sich und seinem Umfeld fernzuhalten. Mehr als 100.000 Tote durch das China-Virus belegen allein schon seine Unfähigkeit, Schaden vom Volk fernzuhalten. Außerdem hat er weitgehend Anstand und Manieren verloren.

### **Manieren sind die Enkel der Religionen!**

Asfa-Wossen Asserate,

zu Anfang des 3. Jahrtausend u.a. in Obergünzburg!

An ihnen lassen sich nicht nur ethisch entartete Religionsvorstellungen, sondern auch epigenetisch degenerierte Ethiken erkennen.

Art. 20 Abs.4 GG ist eine völlig unausgeorene Rechtsnorm. Ich schlage Euch deshalb vor, mit dem Bundesverfassungsgericht und mit dem Bundespräsidenten zu verhandeln, ob die Rolle von Parlament und Bundeswehr, zumindest auf disziplinarischer Ebene, vertauscht werden kann und ihr nur noch dem Oberkommando des Bundespräsidenten Folge leistet. Zur Wiederherstellung von Anstand und Manieren im Bundestag empfehle ich die Einführung einer unkomplizierten Prügelstrafe ohne Revisionsmöglichkeit.

Hinsichtlich des Bundespräsidenten ist Eile geboten, bevor auf diesem Stuhl wieder ein Depp sitzt, der wegen Hauptschul-Bildungsdefiziten über die Funktion der Bundeswehr zurücktreten muss.

Augsburg, den 28. Dezember 2021

Dipl.-Ing. Wilhelm Nieszen